



Parlamentarischer Vorstoss

Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 040-2025
Vorstossart: Postulat
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.107

Eingereicht am: 10.03.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Widmer (Bern, GRÜNE) (Sprecher/in)
Dubler (Bern, GRÜNE)
Remund (Mittelhäusern, GRÜNE)
Weber Hadorn (Ostermundigen, SP)
von Arx (Spiegel b. Bern, GLP)
Martin (Gerolfingen-Täuffelen, EDU)
Bühler (Romont BE, Die Mitte)
Bossard-Jenni (Oberburg, EVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 689/2025 vom 25. Juni 2025
Direktion: Bau- und Verkehrsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Annahme**

Umfassender Bericht zur Verbreitung, zu möglichen Kosten und Gefahren durch per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) im Kanton Bern

Der Regierungsrat legt einen umfassenden Bericht zu per- und polyfluorierten Alkylverbindungen (PFAS) im Kanton Bern vor. Dieser umfasst insbesondere folgende Punkte:

- Wissensstand um die PFAS-Verschmutzung der Umwelt, namentlich Grundwasser, Oberflächengewässer und Boden («Humus») im Kanton Bern
- Wissensstand um die PFAS-Verschmutzung des Trinkwassers im Kanton Bern
- Wissensstand um die PFAS-Verschmutzung von Lebensmitteln (heimische, aber auch importierte) im Kanton Bern
- Bekannte und vermutete Quellen einer PFAS-Verschmutzung im Kanton Bern (u. a. Feuerwehrrübungsplätze, Klärschlammasbringung, Deponien, ARA, Industrie usw.)
- Einschätzung der Regierung über den momentanen Wissensstand um die PFAS-Verschmutzung im Kanton Bern?
- Was wird aktuell hinsichtlich der PFAS-Verschmutzung im Kanton Bern bereits unternommen? Welchen weiteren Handlungsbedarf sieht die Regierung in Zukunft? Gibt es Zusammenarbeit mit anderen Kantonen?
- Welche Risiken bergen PFAS für den Kanton Bern und wie begegnet er diesen (finanziell, für die Landwirtschaft, für die Wirtschaft, den Tourismus, bei Bauprojekten usw.)?

- Gibt es einen Informations- und/oder Aktionsplan?

Begründung:

PFAS sind in aller Munde – und leider auch in aller Wasser und Lebensmittel. Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) – sogenannte Ewigkeitschemikalien oder «forever chemicals» – wurden in den 1940er-Jahren entwickelt, kommen also bereits seit Jahrzehnten in allen möglichen Bereichen zum Einsatz: beispielsweise in Feuerlöschschäumen, Bratpfannen oder Imprägniermitteln. Durch industrielle Prozesse, aber auch durch Düngung mit kontaminiertem Klärschlamm oder Feuerwehrrübungen gelangen PFAS in die Umwelt. Von der Umwelt gelangen sie via Trinkwasser und Nahrungsmitteln in die menschlichen Körper, wo sie bei jedem Menschen im Blut zu finden sind.

PFAS-Chemikalien stellen ein erhebliches Umwelt- und Gesundheitsrisiko, aber auch ein wirtschaftliches und finanzielles Risiko für den Kanton Bern dar. Diese langlebigen Industriechemikalien, die sich kaum abbauen, wurden in der Schweiz in Böden, Gewässern und Nahrungsmitteln wie Fisch und Rindfleisch nachgewiesen. Sie gelangen über belastete Böden, Wasserquellen und Futter in die Nahrungskette und reichern sich in Lebewesen an. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass PFAS gesundheitsschädlich sind: Sie können die Schilddrüse und Organe schädigen, den Fettstoffwechsel stören und sind potenziell krebserregend.

PFAS machen aktuell fast überall in der Schweiz Schlagzeilen: Fast täglich gibt es Meldungen, dass die Stoffgruppe der «Ewigkeitschemikalien» in Lebensmitteln, Böden oder im Trinkwasser festgestellt wurde. Sei es in Fleisch und Fisch in St. Gallen oder den beiden Basel. Immer mehr Kantone führen Untersuchungen auf PFAS durch – auch der Kanton Bern hat Bodenuntersuchungen wegen Klärschlamm angekündigt.¹

Das Problem erfordert rasches und koordiniertes Handeln. Notwendig sind klare Strategien zur Reduktion von PFAS in der Umwelt sowie langfristige Massnahmen zur Sanierung belasteter Gebiete. Ohne entschlossenes Eingreifen drohen weitreichende Folgen für die Umwelt, die Landwirtschaft und die öffentliche Gesundheit.

Antwort des Regierungsrates

Der Kanton Bern hat 2022 mit den ersten PFAS-Untersuchungen begonnen und ist laufend daran weitere Untersuchungen zum Ausmass der PFAS-Belastung von Wasser, Boden und Lebensmittel durchzuführen (vgl. auch Antwort auf die Ip. 038-2025 PFAS in Trinkwasser und Böden – Was tut der Kanton Bern konkret?). Die Situation ist aber bei weitem noch nicht vollständig bekannt und die offenen Fragen und Herausforderungen sind gross.

Dies ist nicht nur im Kanton Bern, sondern landesweit der Fall. Eine umfassende Beurteilung wird Zeit in Anspruch nehmen und muss koordiniert erfolgen (Amtsstellen, Kantone, nationale Arbeitsgruppen). Für die Beurteilung fehlen zudem in verschiedenen Bereichen verbindliche Beurteilungswerte durch den Bund. Auf nationaler Ebene laufen Aktivitäten zur Erfassung des Zustands und zur Festlegung von Grenzwerten.

Im Kanton Bern findet seit Herbst 2024 ein regelmässiger Austausch zwischen den betroffenen Amtsstellen (AVET, AWA, GA, KL, LANAT) in Form einer One Health-Gruppe statt. Der Bericht muss sowohl den Stand des Wissens der Situation im Kanton Bern als auch die Lücken ausweisen.

¹ <https://www.derbund.ch/pfas-in-berner-boeden-wie-gross-ist-die-gefahr-259684834283>

In diesem Sinne ist der Regierungsrat bereit, das Postulat anzunehmen.

Verteiler

- Grosser Rat